

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 19

Artikel: Evolution durch Solidarnosc oder Revolution durch Alternative
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094254>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bohdan Gorski zur Lage in Polen

Evolution durch Solidarnosc oder Revolution durch Alternative

Vor zwei Wochen noch war die offizielle Wiederzulassung der Solidarnosc eigentlich mehr, als man dem polnischen Regime billigerweise zumuten durfte, denn dieser Schritt hätte die Desavouierung der gesamten Politik vom Dezember 1981 an bis heute bedeutet: Ein Gesichtungsverlust, der einer öffentlichen Selbstbespeisung schon sehr nahe gekommen wäre. Aber die Zeit rast, und heute erscheint die offizielle Anerkennung der Solidarnosc bereits als Minimum: die letzte Chance für eine evolutionäre Entwicklung, denn anders droht das Chaos. Wer in Umbruchszeiten heute sein Gesicht wahren will, verliert morgen sein Leben.

genen Kollegen in der Danziger Leninwerft) zum Abbruch des Streiks zu bewegen. Ein grosser Teil der Belegschaft taxierte seine Haltung gegenüber der Regierung als weich und nachgiebig. Dass der Prestigeverlust allein auf der Regimeseite gelegen hatte, zählte für die Arbeiter nichts. Sie fühlten sich (mindestens von den Behörden) hintergangen, weil ihre Forderung nach Wiederzulassung der Solidarnosc nicht erfüllt worden war. Und dem Lech Walesa warfen sie vor, er habe nicht das durchgesetzt, was er durchsetzen hätte können und müssen.

Das ist die korrekte Umschreibung der Stimmungslage, aber bildhaft zum Ausdruck kommt sie durch einen unflätigen Vergleich, den wir hier zitieren, weil er die volkseigenen Gefühle zeigt, auf die es demnächst existentiell ankommen könnte. Die Unterredung zwischen Kiszczak und Walesa sei, so sagen die Unzufriedenen, «der Dialog zwischen Stock und Arsch» gewesen.

Tatsächlich war es der General gewesen, der sich eine Blösse hatte geben müssen, aber die polnischen Arbeiter, denen es schlecht geht, verlangen heute nach einer handfesteren Genugtuung. Das Regime sei, so heisst es, zu einer bloss symbolischen Geste veranlasst worden statt zu einer bindenden Zusage bezüglich der Wiederzulassung von Solidarnosc. Man habe vage zugesichert, dass das Thema irgendwann behandelt werden könne, und das sei so gut wie nichts; als entsprechendes Entgegenkommen hätte Walesa ebenso vage einen gelegentlichen Streikabbruch in Aussicht stellen können. Nun aber sei der tatsächliche Streikabbruch eine reale Vorleistung, und das Regime habe ebenso real nachzuziehen.

Keine Strafverfahren, aber . . .

Die schwarze Interpretation der Zwischenergebnisse wäre weniger plausibel ausgefallen, wenn sich das Regime nicht so benommen hätte, als müsse es einen Sieg über die Solidarnosc ausnützen, um die Arbeiter in die Knie zu zwingen.

In der letzten Nummer hatten wir mit der Chronik der laufenden polnischen Ereignisse dort aufgehört, wo es eine Verhandlung zu registrieren gab. General Kiszczak, der polnische Innenminister und Polizeichef, hatte Lech Walesa empfangen müssen, den polnischen Arbeitervertreter, der in dieser Eigenschaft für das offizielle Warschau noch immer eine Unperson darstellt, und daraufhin liess die ebenso verbotene wie öffentlich tätige Solidarnosc das Ende der Streiks ausrufen.

Die Regierung hatte sich unzweifelhaft zu einem Eingeständnis bequemt, aber sie erlag einem Missverständnis, als sie meinte, sie könne es nun dabei bewenden lassen. Denn zu viele Polen finden, sie hätten zusammen mit der Solidarnosc lange genug gewartet. Jedes Sträuben vor kleinen Änderungen steigert die Forderung nach grossen Änderungen, nach solchen, wie sie die evolutionäre Solidarnosc nie erhoben hat. Denn sie vertritt, was man zwischen 1981 und 1988 zu sehr vergessen hat, recht eigentlich den polnischen Reformkurs, der mit dem

Kriegszustand vor sieben Jahren blockiert wurde, und seine Wiederaufnahme führt wiederum über die Solidarnosc. Doch das muss rasch geschehen; sonst wird es zu spät.

Dialog zwischen Stock und . . .

Die Zusammenkunft zwischen Walesa und Kiszczak fand am 31. August statt, und bis zum 3. September wurde die Arbeit in allen bestreikten Betrieben wieder aufgenommen. Das Ende des Streiks wurde in Stettin, Danzig und in den oberschlesischen Bergwerken mit feierlichen Messen, Gebeten und priesterlichem Segen begangen. Indessen konnte das Gepränge nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Atmosphäre keineswegs gereinigt war.

Tatsächlich war es Lech Walesa nur mit grösstem persönlichem Einsatz und mit Hilfe von hochangesehenen Akademikern und Priestern gelungen, die Arbeiter (einschliesslich seiner ei-

● In Oberschlesien wurden rund 400 Bergleute entlassen, die man als Streikaktivisten einstuft. Einige wurden auch gewaltsam aus ihren Wohnungen vertrieben, und ihre Kinder wurden aus weiterbildenden Schulen verjagt.

● In Stalowa Wola wurden etliche Stahlarbeiter wegen ihrer Rolle bei den Streiks zum Militärdienst aufgeboten, darunter auch ältere oder aus gesundheitlichen Gründen von der Dienstpflicht dispensierte Personen.

● Auch in Danzig und Stettin wurden etliche Arbeiter entweder entlassen oder innerhalb des Betriebes versetzt.

Solche Massnahmen wirkten wie blanker Hohn auf die gleichzeitig jeweils regional erfolgende Verkündigung, man verzichte auf die Einleitung von Strafverfahren gegen die Streikaktivisten. Tatsächlich verrieten die unterschiedlichen Sanktionen ohne Rückgriff auf Strafverfahren auch die Ratlosigkeit der verunsicherten Behörden, aber bei den Betroffenen hat das Doppelspiel natürlich die Wut nur noch mehr gesteigert.

Gleichzeitig führten die parteigesteuerten Massenmedien ihren Propagandakrieg gegen die Arbeiterbewegung fort. Man warf ihr die Zerstörung der Wirtschaft vor und untersob ihr die Schuld an der sozialen Misere des Landes. Während die diversen Aktionen gegen die Solidarnosc-Aktivisten liefen, suchte das Regime gleichzeitig die Lage mit Beschwichtigungs- und Ablenkungsmanövern an andern Fronten zu entspannen. Dabei kam es zu Konzessionen, die man zu einem andern Zeitpunkt vielleicht als solche gewürdigt haben würde, wogegen sie

sich unter den gegebenen Umständen nur wie durchsichtige Ausflüchte ausnahmen. Der eine Vorstoss betraf die katholische Kirche, der andere die offiziellen Gewerkschaften.

Zugeständnisse an Kirche und offizielle Gewerkschaften

Man ermöglichte es dem Kardinal Glemp, eine ökumenisch-pastorale Reise durch die Weissrussische Sowjetrepublik zu unternehmen. Er besuchte die Hauptstadt Minsk sowie andere Städte und Orte mit grossen polnischen Minderheiten wie Lida, Grodno, Nowogrodek und Pinsk. Dort zelebrierte er sowohl katholische Messen für die polnischen und weissrussischen Katholiken als auch ökumenische Gottesdienste mit orthodoxen Geistlichen.

Dass dieses Ereignis an sich einen echten Präzedenzfall darstellt, lässt sich nicht bestreiten. Von einer solchen Möglichkeit zur pastoralen Betätigung in der sowjetischen Diaspora hätte früher kein Vertreter der polnischen Kirche auch nur zu träumen gewagt, aber zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich aus ihrer Gewährung nichts anderes herauslesen als der Versuch, den Kardinal einfach zu kaufen. Er hatte schon früher auf formelle Konzessionen zugunsten der Kirche in gewünschter Weise inhaltlich so reagiert, dass er auf Distanz zur Solidarnosc ging.

Selbstverständlich bedurfte das Unternehmen auch der nicht so selbstverständlichen sowjetischen Einwilligung und Mitarbeit. Für die UdSSR, die sich aufgrund ihres seinerzeitigen Paktes mit Hitler grosse polnische Gebiete einverleibt hat, ist das grundsätzlich eine heikle Frage. Sie riskierte, mit der pastoralen Reise des Kardinals dem Tabu-Thema «Ostpolen» sozusagen die kirchliche Türe zu öffnen. In Anbetracht der akuten Situation liess sich die Sowjetführung wohl von einem doppelten Motiv bewegen. Sie wollte einerseits den bedrängten Genossen in Warschau taktisch unter die Arme greifen und andererseits einen echten Schritt tun in Richtung auf die Bewältigung der belastenden Vergangenheit. Nur liess es das vermeintlich kluge Timing nicht zu, dass in Polen (ausserhalb vom erzbischöflichen Palais in Warschau) grosse Dankbarkeit dafür aufkommen konnte. Eine weniger schlaue Gelegenheit wäre besser gewesen; schade.

Das andere politische Grossmanöver des Regimes betrifft die «eigene» Gewerkschaftsbewegung, und da sind Produktivität und Kontraproduktivität im Sinn der Machterhaltung schwer abzuschätzen.

Zwecks Wiedererlangung der Kontrolle über die polnische Arbeiterschaft versuchte das Regime um einen erheblichen Preis, die offiziellen geförderten Branchengewerkschaften aufzuwerten. Und der erhebliche Preis besteht darin, dass eine wirkungsfähige Profilierung dieser Organisationen nur durch Freiräume in Richtung auf oppositionelles Verhalten möglich ist.

Hier besteht an sich eine grosse Zone des Zweifels, aber das vorläufige Fazit sieht nach ei-



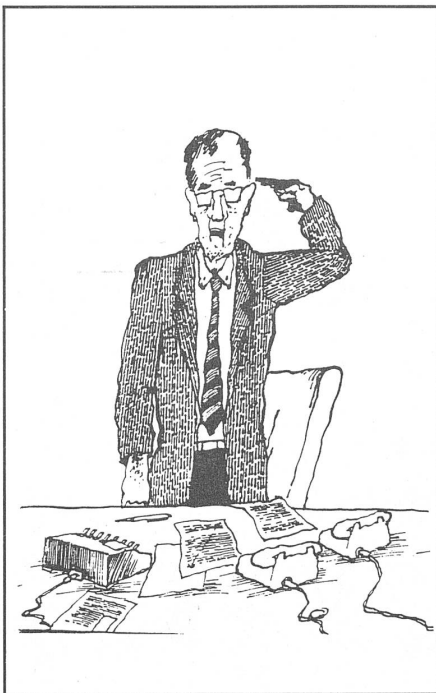
Politbüro-Mitglied Mieczyslaw Rakowski warnt davor, dass die Solidarnosc darauf aus sei, die verfassungsmässigen Strukturen des Landes zu sprengen. Vom Bedürfnis nach einer neuen Verfassung spricht er noch nicht. Und wie verfassungsmässig war denn das Kriegsrecht von 1981?

nem doppelten Misserfolg aus. Die Branchengewerkschaften werden frecher, ohne aber einen Einbruch in die Solidarnosc-Anhängerschaft als gewünschte Gegenleistung erzielen zu können.

Solange die Führer der Branchengewerkschaften als regimemässig gelten, haben sie bei vielen Belegschaften keine Chance, auch nur im geringsten anzukommen. Ein vielsagendes Beispiel: Der oberste offiziell anerkannte «Gewerkschaftsführer» (Vorsitzender des Branchengewerkschaften-Dachverbandes OPZZ), Alfred Miodowicz, wagte sich während der Streikperiode nicht einmal in seinen eigenen Betrieb, in welchem er als Stahlarbeiter beschäftigt gewesen war, und verzichtete auf jeden Versuch, den Verhandlungen beizuwohnen.

Die faktische Isolierung der Branchengewerkschaften ist an sich erstaunlich, wenn man daran denkt, dass sie über 7 Millionen Mitglieder zählen. Aber diese waren zum Beitritt mit Mitteln bewegt worden, die oft genug einer Nötigung gleichkamen, und das erklärt, warum sich ihre «Basis» so ausnimmt, als sei sie nicht existent.

Eine ähnliche Feststellung lässt sich bezüglich der Parteibasis machen. Immerhin zählen die Parteiorganisationen gut 2,1 Millionen (freiwillige) Mitglieder, die auf allen Ebenen die Kommandoposten besetzt halten und ein entscheidendes Gewicht haben müssten. Aber die Parteimitglieder insgesamt haben sich als unfähig



«Wenn schon auf die neue Weise, dann konsequent und bis zum Ende.» («Szipilki», Warschau, 16. 6. 1988)

erwiesen, Träger der von der Parteiführung erwünschten politischen Aktion zu sein. Die Partei unter dem paradox gewordenen Namen Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP = KP) wirkt wie eine Armee ohne Soldaten, und im Generalstab ist man erst noch zerstritten. Die tragenden Säulen des Regimes sind heute nur noch Sicherheitsdienst und Polizei; die Partei ist so gut wie abgetreten.

Am 7. September forderte der Dachverband der offiziellen Gewerkschaften (OPZZ) den Rücktritt von Ministerpräsident Zbigniew Messmer, dem «Amtsunfähigkeit» und «Versagen» vorgeworfen wurden. Der OPZZ-Chef Alfred Miodowicz, ein Mitglied des PVAP-Politbüros, drohte der Regierung sogar mit einem

Misstrauensvotum im Parlament, wo 58 der 460 Abgeordneten zu den Apparatschiki des OPZZ zählen.

Selbstverständlich weiss auch Miodowicz, dass die Regierung dem Politbüro untergeordnet ist und für das Gesamtversagen der polnischen Führung keine spezifische Verantwortung zu übernehmen hat. Aber das Vorgehen zeigt, auf welche Mittel der OPZZ angewiesen ist, um sich zu profilieren, abgesehen davon, dass sich die Führung offenbar nicht traut, einen Ballastabwurf in ihrem eigenen Namen vorzunehmen.

Sammlung und halboffene Türe

Unterdessen revitalisierte sich die immer noch verbotene Gewerkschaft Solidarnosc.

In vielen Industriebetrieben, Bergwerken und Hochschulen wurden bereits Gründungskomitees von Solidarnosc-Organisationen ins Leben gerufen. Gleichzeitig verlangten zahlreiche Petitionen an Parteiführung und Regierung die Wiederzulassung der Gewerkschaft.

Am 9./10. September tagte in Danzig die 3. Landeskonferenz des Unabhängigen Studentenverbandes (NZS). Er drückte sein Vertrauen in Lech Walesa aus und rief die akademische Jugend zur Zusammenarbeit mit der Solidarnosc auf.

Das wichtigste Vertrauensmandat erhielt Walesa dann am 11. September in der Brigittenkirche von Danzig, wo sich unabhängige Gewerkschaftler und Intellektuelle zu einer oppositionellen Plattform zusammengefunden hatten. Die Einigung war nicht selbstverständlich, kam aber trotz allseitiger interner Diskussion und

viel Kritik an der «weichen Verhandlungstaktik» von Lech Walesa zustande, ein bemerkenswertes Zwischenergebnis schon deshalb, weil ganz unterschiedliche Richtungen vertreten waren.

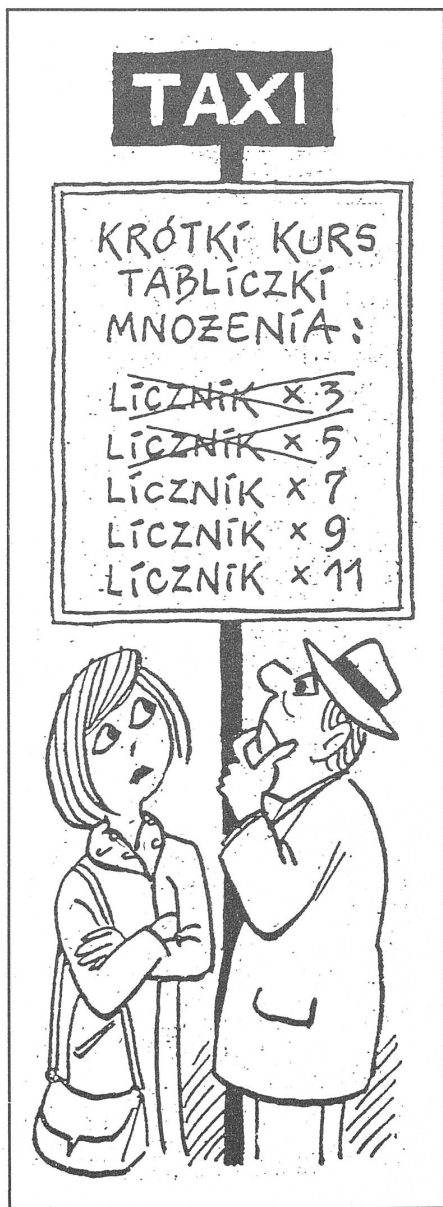
Nun nannte die Versammlung freilich die Wiederzulassung der Solidarnosc als Bedingung für einen Dialog mit der Regierung, und diese befand im Gegenzug, so könne man nicht diskutieren. Das nächste Gespräch zwischen Walesa und Kiszczak fand erst nach einer Verschiebung statt.

Der Innenminister warf den «Extremisten» in der Solidarnosc vor, sie wünschten die Verhandlungen zu torpedieren. Das sollte seiner Meinung nach sicherlich die Spaltung innerhalb der Gewerkschaften fördern, aber ob das dem Regime den erhofften Nutzen bringen kann, ist fraglich, denn das Regime schafft die Extremisten oder «Extremisten» auf der Gegenseite selbst.

Die Hauptfrage ist tatsächlich die Wiederzulassung der Solidarnosc, und wenn das Regime hier nicht einlenkt, sabotiert es auf der Gegenseite eben jene Kräfte, die es retten können, wenn auch nicht mehr in einer unveränderten Form.

Kommen die alternativen Kräfte der Opposition?

Walesa vertritt den guten Willen zum Kompromiss und zur Zusammenarbeit mit den Behörden. Die Linie der Solidarnosc war und ist (noch) die «Strategie des Dialogs und der Versöhnung», und diese kann nur dann spielen, wenn die Gewerkschaft anerkannt wird. Anders erhalten nur die Kräfte weiteren Auftrieb,



Multiplikationstabelle für Taxi-Tarife. Eine Karikatur auf die demnächst galoppierende Inflation. («Express Wieczorny», Warschau, 6. 9. 1988)



«Iswestija», Moskau, 15. 8. 1988

die schon heute sagen, dass die Suche nach Partnerschaft doch zu nichts führe und dass man es anders versuchen müsse. Wenn diese ohnehin stärker werdenden Kräfte in der Opposition übermächtig werden sollten, wird das eine grosse Änderung in der politischen Landschaft Polens und Osteuropas bedeuten. Denn die Alternative zur Evolution ist die Revolution.

Bis jetzt war (und ist gerade noch) die Opposition in Polen insgesamt evolutionär geprägt. Drei Ausgangspunkte waren ihr vorgegeben: die Anerkennung der durch die Jalta-Konferenz geschaffenen Nachkriegsordnung für Europa, die Anerkennung der sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa und die Anerkennung der führenden Rolle der Partei im eigenen Land. Alles, was die Opposition an innenpolitischen Veränderungen erstrebte, respektierte diese Gegebenheiten. Das war die Linie

der geistig einflussreichen KOR, der katholischen Gruppierungen und vor allem eben der Solidarnosc, obwohl diese gleichzeitig auch Sammelbecken unterschiedlicher politischer Strömungen war. Diese massgeblichen Oppositionskräfte steuerten einen Reformkurs, und dieser wird durch das Regimeverhalten gefährdet.

Es gibt in Polen auch alternative politische Strömungen, vertreten durch Leute, denen man zusammengefasst den Namen «Independisten» gegeben hat. Aufzuführen sind hier die KPN (Konföderation Unabhängiges Polen), die Liberaldemokratische Partei, die Polnische Unabhängigkeitspartei und die Kämpfende Solidarnosc. Aber, und das ist von unmittelbarer Wichtigkeit, auch innerhalb der sozusagen regulären Solidarnosc gibt es eine independistische Linie. Ihre wichtigsten Vertreter sind Jan Rulewski, Marian Jurczyk und Andrzej Slpwick. Sie kamen bisher mit ihren Vorstellungen ge-

gen die Autorität von Walesa nicht an, aber das kann sich ändern.

Was immer die diversen Gruppierungen der «Independisten» voneinander unterscheidet, eines ist ihnen gemeinsam, nämlich die Überzeugung, dass eine oppositionelle Politik der Versöhnung und des Dialogs eine blosser Selbsttäuschung darstelle. Man stehe einem System gegenüber, welches niemals die Macht teilen wolle und essentiell partnerschaftsunfähig sei. Wenn man die Partei zum Einlenken bewegen wolle, müsse man sie dazu zwingen (Beispiel Polen 1956), und anders lasse sie nicht mit sich reden.

Das sind die Kräfte, die - nicht zuletzt bei der Jugend - im Kommen sind und sich durch die jüngsten Ereignisse in ihrer Überzeugung bestärkt fühlen. Es liegt am Regime, entweder der Solidarnosc oder den Independisten recht zu geben. ■

Der Kommentar

Poljanski und die Perestrojka

Es ist vielfach bedauert worden, dass das vor vier Jahren erschienene Buch von Nikolaj Poljanski, «MID, 12 ans dans les services diplomatiques du Kremlin» (siehe ZB, Nr. 24/1984) nicht auch in deutscher Übersetzung erschienen ist. Nun liegt zwar keine deutsche Fassung jenes Buches vor, wohl aber eine völlig neue Arbeit: «Rote Diplomatie»*.

Urs Graf von Presdok Zürich hat mit Nikolaj Poljanski nicht nur über seine diplomatische Karriere und über seine Erfahrungen als Kulturattaché der sowjetischen Botschaft in Bern gesprochen - was im wesentlichen im «MID» behandelt worden ist -, sondern er hat ihn auch über das heute alles beherrschende Thema der Perestrojka befragt. Und da giesst nun Poljanski aufgrund seiner intimen Kenntnisse der russischen und sowjetischen Denkart und der sowjetischen Institutionen etwas kaltes Wasser in den Hoffnungswein der vielen Westler, die sich Euphorien hingeben. Er macht ganz klar, dass die Möglichkeiten der Perestrojka durch einen inneren Widerspruch blockiert werden, der durch das ganze Buch von Gorbatschow hindurchgeht: Einerseits die Rückkehr zu Le-

den fremden Nationen mit weniger Aggressivität begegnen. Vielleicht darf man den Abschluss des INF-Abkommens und den Rückzug aus Afghanistan als erste Schritte in diese Richtung betrachten.» Womit Poljanski nach seiner Warnung vor der Euphorie doch mit sachlichem Optimismus in die Zukunft blickt.

Max Keller

nin und seiner (marktwirtschaftlichen) Neuen Ökonomischen Politik, andererseits das Festhalten an der These, dass einzig die Partei den richtigen Weg wisse und weise, womit Stalins Zwangs- und Terrormassnahmen zur Beseitigung der Leninschen Reformen mittelbar gebilligt werden.

Poljanski weist auf die wenig beachtete Tatsache hin, dass die Bewohner der Sowjetunion nach 70 Jahren «Aufbau des Sozialismus» eigentlich ein «normales» Leben sollten führen können. Das können sie aber nicht, und sie werden dessen zunehmend gewahr. Damit gerät der Sozialismus in eine Legitimationskrise, die - neben wirtschaftlichen Zwängen - die Perestrojka notwendig machte. Dazu wären fundamentale Systemänderungen und die Überwindung des Widerspruchs zwischen Öffnung und Machtonopol der Partei erforderlich, wozu sich Gorbatschow bisher nicht durchgerungen hat.

Poljanski meint, dass der Generalsekretär der KPdSU wirklich an den Sozialismus und seine Vorzüge glaube; nach Auffassung Gorbatschows hat man diese bisher bloss nicht zu nutzen gewusst, und das werde jetzt er, Gorbatschow, herbeiführen.

Nach Poljanski darf der Westen die Reformen nicht blockieren, die immerhin eine Öffnung in die richtige Richtung bringen können, muss aber auf seiner Hut bleiben. Der Westen dürfe sich nicht mit verbalen Versprechen begnügen, sondern habe Zug um Zug für seine Vorleistungen greifbare Gegenleistungen zu verlangen.

Poljanski schliesst mit der zuversichtlichen Erwartung, dass eine erfolgreich umgebaute und wieder erstarkte Sowjetunion nicht eine noch ernstere Bedrohung der freien Welt sein werde. Ein Erfolg der Perestrojka nämlich hängt völlig von der inneren Öffnung ab und ist eigentlich eine Funktion davon. «Wenn sich die Sowjetunion über Perestrojka und Glasnost zu einem liberalen Regime findet, dann wird sie auch

* Nikolaj Poljanski: «Rote Diplomatie». Gespräche mit Urs Graf, Presdok Zürich 1988, 168 Seiten.

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
 Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch
 Telegramm Schweizost
 Postcheck ZeitBild 30-24616-5
 Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
 Deutsche Bank Frankfurt a. M.
 (BLZ 500 700 10) 78-2409
 Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
 Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
 Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
 Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
 Jahresabonnement Fr. 48.-
 Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.-
 Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland
Europa + Mittelmeerländer
 Jahresabonnement sFr. 53.-/DM 64.-/
 Luftpost sFr. 58.-
 Studenten, Lehrlinge und Schüler
 sFr. 33.-/DM 40.-
 Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee
 Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.-